

Er scheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Weltbuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Verfassungen
Franko gegen Franko
Gedruckte Briefe
nach der Schweiz folgen
Doppelpost.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Bierteljahrespreis von:
Fr. 2 — für die Schweiz (Kontant)
Fr. 3 — für Deutschland (Kontant)
Fr. 1.70 für Österreich (Kontant)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontant).
Inserate
die dreizehntägige Zeitstelle
25 Gts. — 20 Pfg.

№ 9.

Donnerstag, 26. Februar

1885.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, beim Besorgten wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Abteilungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und bei Sendungen zu beachten, welche über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu klären, und letztere dadurch zu sichern. Hauptfordernd ist hierzu einzusetzen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abstimmen, sondern sich möglichst an irgend eine unbefugte Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unbefugliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In unzulässigen Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Rekommandation. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Der Sozialismus im Kriegerverein.

„Es leuchtet selbst im Hecce schon,
Man ist vor Staunen stumm,
Trotz Sub- und Ordination
Dell das Petroleum!“

In Braunschweig hat sich vor einigen Tagen eine Affäre abgespielt, welche einen brassischen Beleg liefert für die wiederholt von uns konstatierte und auch von Herrn Weichelt in seiner in voriger Nummer erwähnten Schrift hervorgehobene Thatsache, daß „auch die Armee vor der sozialistischen Agitation, sagen wir besser: vor dem Eindringen des Sozialismus, nicht mehr sicher ist.“

Ja, noch mehr. Daß die eigentliche Armee, die nun einmal auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht gebildet wird, vor Sozialisten nicht sicher ist, wissen unsere Machthaber so gut wie wir, sie haben deshalb noch eine zweite Armee — eine Art Extrakt aus dem Gros des Heeres — zu organisieren gesucht: die Kriegervereine, welche die spezielle Mission haben, den inneren Feind zu bekämpfen; und nun zeigt es sich plötzlich mit erschreckender Deutlichkeit, daß auch diese, mit besonderer Sorgfalt ausgeführten Ordnungstruppen von dem Gifte, dem sie entgegenwirken sollen, ganz gehörig angegriffen sind. Welch' Entsetzen vor dem Herrn!

Man höre nur:
Der „Kreis-Landwehr-Verein“ zu Braunschweig, der in Stadt und Umgebung 1650 Mitglieder hat, ist im Begriff, seinen Vorstand neu zu wählen. Zum zweiten Vorstand ist der Tapezier Weibgen vorgeschlagen, und zwar vom Vorsitzenden selbst. Da erhebt sich der ehrenwerthe „Kamerad“ Grudeheerd-fabrikant Albrecht und erklärt: Weibgen kann nicht gewählt werden, denn er hat III Blos gewählt und dies offen zugegeben. Statt aber durch diese Bemerkung allgemeine Entrüstung hervorzurufen, muß der brave Albrecht es erleben, daß ein zweiter Kamerad, der Tischlermeister Harms, erklärt, das sei gar kein Grund, Weibgen nicht zu wählen, er selbst habe auch für Blos gestimmt.

Das war zu viel, und der Vereinsvorstand stellte nunmehr den Antrag auf Ausschluß dieser zwei räudigen Schafe. Statutengemäß ging dieser Antrag zunächst an eine Prüfungskommission, die dann einer Generalversammlung Bericht zu erstatten hatte. Zu dieser wurde natürlich von Seiten der „Gutgefanten“ wader agitiert, um ein warnendes Exempel zu statuieren. Aber ach, welcher Schmerz harnte ihrer! Nicht nur erklärte die Kommission, daß sie einen Ausschluß nicht für gerechtfertigt halte, die patriotischsten Reden des deutsch-freisinnigen Vorsitzenden und des Polizeiergeanten Schmidt, die für Ausschluß plädirten, halfen nichts — mit 167 gegen 120 Stimmen entschied sich die Versammlung für das Verbleiben der Herren Harms und Weibgen im Verein.

Das ist ein Zeichen der Zeit, dessen Bedeutung Niemand unterschätzen wird, der da weiß, wie es in solchen Kriegervereinen zugeht, welche Einsätze da geltend gemacht werden, wie da für viele Leute die Rücksicht auf die materielle Existenz — Rundschaft, Kredit etc. — mispricht, und wie vor allen Dingen die Kriegervereins-Presse „arbeitet“.

Die reaktionäre „Braunschweigische Landeszeitung“ heulmeiert denn auch:

„In dem Flugblatt (wider den Ausschluß. Die Red.) kommt 25 Mal das Wort „Kameradschaft“, resp. „Kameraden“ vor, so daß draußen Stehende wohl zu der Meinung kommen könnten, als sei der Hauptzweck der Kriegervereine die Pflege des kameradschaftlichen Sinnes. Das ist aber in so ausgesprochener Weise gar nicht der Fall (welches Geständnis!), und nicht Blos zufällig (!) wird als erster Zweck jedes Kriegervereins „Die Treue und Liebe gegen den Kaiser“, den obersten Kriegsherrn aller deutschen Krieger, allen anderen Punkten vorangestellt. Dem gegenüber ist in dem Flugblatt nicht einmal der Kaiser erwähnt worden (schrecklich!), und diese wahrscheinlich absichtliche Unterlassung muß schon den Unbefangenen für das Vorgehen des Vorstandes (s. h. den Ausschlußantrag) einnehmen. Unter den Vorwürfen, welche man den Sozialdemokraten machen kann, gehört sicher nicht der Vorwurf, daß sie politische Heuchelei treiben (sehr schmeichelhaft!), und so wird jeder Sozialdemokrat denn auch zugeben, daß er „die Treue und Liebe gegen Kaiser und Reich“ nicht so auffaßt, wie sie vom Standpunkt des Kriegervereinswesens aufzufassen sind, das heißt, wie Se. Majestät der Kaiser sich die Treue und Liebe von ehemaligen Soldaten denkt. Wird irgend ein Sozialdemokrat mit unerschüt-

terlich monarchischen Ansichten den Gang der Politik betrachten? Wir brauchen diese Frage wohl nicht zu beantworten! Wir weisen auch noch darauf hin, daß die Regierungen des Deutschen Reiches Ausnahme-Gesetze gegen die Sozialdemokratie für notwendig erachtet haben, weil man eben die Ruhe des Reiches durch sie gefährdet glaubt. Wir kommen zu dem Schluß, daß Sozialdemokraten einem Verein mit nach ihrer Meinung so „reaktionären“ Statuten Überzeugungstreue gar nicht angehören wollen (darüber unten), und wir meinen ferner, daß durch Einräumen der Thatsache, im sozialdemokratischen Lager zu stehen, die Betreffenden auch ohne weitere Verhandlungen aus dem Verein scheiden, weil sie eben dem Hauptzweck des Kriegervereins nicht mehr entsprechen. . . .

„Jedenfalls gibt der ganze Vorfall zu ernstern Erwägungen Anlaß. Hat es sich bei der Abstimmung im Kreis-Landwehr-Verein lediglich um eine kameradschaftliche Milde gehandelt, so kann man die Abstimmung noch entschuldigen, hat die Mehrheit sich aber im sozialdemokratischen Sinne ausgesprochen, so wäre der Verein eine schwere Gefährdung unserer Armee.“

Nun, unterhält man kann wohl den Zweck der Kriegervereine nicht kennzeichnen, als es hier geschieht, deutlicher es nicht ausdrücken, daß die Pflege des „kameradschaftlichen Geistes“ nur das Ausschüßelbild ist, womit man den politischen Zweck der Kriegervereine bemantelt: „Armee gegen den inneren Feind.“

Dieser „innere Feind“ ist die Sozialdemokratie und Alles, was jeweilig von den leitenden Geistern für Verbündete derselben erklärt wird.

Eine Liebe ist der anderen werth, Offenheit gegen Offenheit. Wir wollen daher die brave „Landeszeitung“ über unsere Stellung zu den Kriegervereinen beruhigen.

Die Sozialdemokratie war sich von Anfang an klar, welchen Zwecken diese „Kameradschafts- u. Vereine“ dienen sollten, und hat sie daher auch seinerzeit heftig bekämpft. Es wird auch heute schwerlich ein benutzter Sozialdemokrat freiwillig einem Kriegerverein beitreten. Nun ist aber der „Landeszeitung“ zweifels ohne bekannt, mit welchen Mitteln für die Kriegervereine gearbeitet, welche Pression ausgeübt wird, um die Leute zum Beitritt zu bewegen. Andererseits wird der „Landeszeitung“ auch nicht unbekannt sein, daß es im Deutschen Reich ein Gesetz gibt, das den Sozialdemokraten die politische Heuchelei zum Gebot der Selbsterhaltung macht, und da kann es wohl kommen, daß irgend ein im Grunde seines Herzens sozialdemokratischer Gewerbetreibender, mehr „der Noth gehorchend als dem eignen Trieb“, sich zum Beitritt in einen Kriegerverein pressen läßt. Findet die „Braunschweigische Landeszeitung“ die politische Heuchelei für gar so unmoralsch, so mag sie sich darüber mit ihrem Abgott Bismarck abfinden, von dem haben wir's gelernt. Das kommt davon, daß man ihn uns so gepriesen hat. Gute Beispiele verderben schlechte Sitten.

Ferner aber bleibt jeder Kriegervereiner, und mag er noch so patriotisch sein, schließlich noch Mensch. Er kann nicht von „der Liebe zu Kaiser und Reich“ allein leben. Und so paßet es denn, daß trotz aller schwungvollen Gedichte und Reden, die er gehört, trotz der schönen Artikel, die er gelesen, er eines Tages durch die Macht der Verhältnisse zu der Ueberzeugung kommt, daß sein Feind ganz wo anders sitzt als auf der äußersten Linken des Parlaments.

Vielleicht hat er sich auch, weil er gar so viel auf die Sozialdemokratie hat schimpfen hören, einmal darüber belehren wollen, welche Zwecke diese schändlichen Leute eigentlich verfolgen, und ist dabei gewahr geworden, daß die „Umstürzler“ gar nicht so abse Ideen haben.

Kurz und gut, wo die Verhältnisse selbst für die Sozialdemokratie arbeiten, da hilft keine Organisation, kein Statut, kein Eid — sie bringt überall ein. Sucht, wo Ihr wollt: in kirchlichen Vereinen und in den Logen, in den Fabrikantendevotionen und in den Meisterinnungen, in der Heere und in den Kriegervereinen — Ihr findet überall Leute, die im Herzen zu uns gehören und nur durch politische oder gesellschaftliche Verhältnisse verhindert sind, offen Farbe zu bekennen.

Stärker als irgendwo ist das in den Kriegervereinen der Fall — wir haben oben ausgeführt, warum. Wir würden daher sehr thöricht handeln, wollten wir den veränderten Umständen nicht Rechnung tragen. Wie es heute keinem vernünftigen Sozialisten mehr einfallt, das Schlagwort: des Jahres 1848 von der „verthierten Soldateska“ zu gebrauchen, so werden wir uns auch daran gewöhnen, die Kriegervereine mit anderen Augen zu betrachten. Die Tendenzen, zu denen man sie bestimmt hat, werden wir nach wie vor ebenso bekämpfen, wie wir Gegner des heutigen Militärsystems sind, das ist selbstverständlich. Das Gesammtwerk unserer Gegner aber über das Eindringen des Sozialismus in die Kriegervereine kann für uns nur ein Grund mehr sein, demselben kräftig Vorschub zu leisten. Es soll uns da auf ein bischen politische Heuchelei nicht ankommen. Uns an diese

gewöhnt zu haben, ist eine der verdienstvollsten erzieherischen Wirkungen des Sozialistengesetzes.
Tu l'as voulu, George Dandin — Du hast's gewollt, Michel!

Die Fortsetzung unseres Artikels: „Die Unbesiegbarkeit der Sozialdemokratie“ mußte für die nächste Nummer zurückgelegt werden. Uebrigens liefert der vorstehende Artikel eine ganz nette Illustration zu diesem Thema.

Wie Karl Marx im Jahre 1846 über Streiks und Arbeiter-Koalitionen dachte.

„Die Oekonomen und die Sozialisten“ sind über einen einzigen Punkt einig: die Koalitionen zu verurtheilen. Nur motiviren sie ihre Beurtheilung verschieden. Die Oekonomen sagen zu den Arbeitern: koalirt euch nicht. Jedem ihr euch koalirt, hemmt ihr den regelmäßigen Gang der Industrie, verhindert ihr die Fabrikanten, den Bestellungen nachzukommen, rüdet ihr den Handel und beschleunigt das Einbringen der Maschinen, die eure Arbeit zum Theil überflüssig machen und dadurch euch zwingen, einen noch niedrigeren Lohn zu akzeptiren. Uebrigens ist euer Thun umsonst: euer Lohn wird stets durch das Verhältnis der gesuchten Hände zu den angebotenen Händen bestimmt werden. Und es ist ein ebenso lächerliches wie gefährliches Beginnen, euch gegen die Gesetze der politischen Oekonomie aufzulehnen.

Die Sozialisten sagen zu den Arbeitern: koalirt euch nicht, denn was werdet ihr schließlich dabei gewinnen? Eine Lohnsteigerung? Die Oekonomen werden euch bis zur Evidenz beweisen, daß auf den Gewinn von wenigen Pfennigen, den ihr günstigen Falls dabei für eine kurze Zeit erzielen könnt, ein dauernder Rückschlag folgen wird. Geschickte Redner werden euch beweisen, daß ihr Jahre braucht, um mittelst der Lohn-erhöhung die Kosten herauszuschlagen, die ihr zur Organisation und Erhaltung der Koalitionen ausgeben müßt. Wir, in unserer Eigenschaft als Sozialisten, sagen euch, daß abgesehen von dieser Selbstfrage, ihr darum nicht minder die Arbeiter sein werdet, wie die Meister stets die Meister bleiben, nach wie vor. Darum keine Koalitionen, keine Politik; denn sich koaliren, heißt das nicht Politik treiben?

Die Oekonomen wollen, daß die Arbeiter in der Gesellschaft bleiben, wie dieselbe sich gestaltet hat und wie sie sie in ihren Handbüchern gezeichnet und besiegelt haben.

Die Sozialisten wollen, daß sie die alte Gesellschaft bei Seite lassen, um desto besser in die neue Gesellschaft eintreten zu können, die sie ihnen mit so vieler Vorliebe ausgearbeitet haben.

Trotz beider, trotz Handbücher und Utopien, haben die Arbeiterkoalitionen keinen Augenblick aufgehört, mit der Entwicklung und der Zunahme der modernen Industrie sich zu entwickeln und zu wachsen. Das ist heute so sehr der Fall, daß der Entwicklungsgrad der Koalitionen in einem Lande genau den Rang bezeichnet, den dasselbe in der Hierarchie des Weltmarktes einnimmt. England, wo die Industrie am höchsten entwickelt ist, besitzt auch die umfangreichsten und bestorganisirten Koalitionen.

In England hat man sich nicht auf partielle Koalitionen beschränkt, die keinen anderen Zweck hatten, als einen augenblicklichen Streik, und mit demselben wieder verschwanden. Man hat dauernde Koalitionen geschaffen, Trades Unions, die den Arbeitern in ihren Kämpfen mit den Unternehmern als Schutzwehr dienen. Und gegenwärtig finden alle diese lokalen Trades Unions einen Sammelpunkt in der National Association of United Trades, deren Zentralkomitee in London sitzt und die bereits 80,000 Mitglieder zählt. Diese Streiks, Koalitionen und Trades Unions traten ins Leben gleichzeitig mit den politischen Kämpfen der Arbeiter, die gegenwärtig unter dem Namen der Chartisten eine große politische Partei bilden.

Die ersten Schritte der Arbeiter, sich unter einander zu assoziiren, nehmen stets die Form von Koalitionen an. Die Grobindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsamen Bedenkens des Widerstandes — Koalition. So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um dem Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können. Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formiren sich die ansangs isolirten Koalitionen in dem Maß, als die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression vereinigen, zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen nothwendiger für sie, als die des Lohnes. Das ist so wahr, daß die englischen Oekonomen ganz erkant sind, zu sehen, wie die Arbeiter einen großen Theil ihres Lohnes zu Gunsten von Assoziationen opfern, die in den Augen der Oekonomen nur zu Gunsten des Lohnes errichtet wurden. In diesem Kampfe — ein veritabler Bürgerkrieg — vereinigen und entwickeln sich alle Elemente für eine kommende Schlacht. Einmal auf diesem Punkte angelangt, nimmt die Koalition einen politischen Charakter an.

Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie vertheilt, werden Klassen-Interessen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.

Mit Bezug auf die Bourgeoise haben wir zwei Phasen zu unterscheiden: die, während derer sie sich unter der Herrschaft des Feudalismus und der absoluten Monarchie als Klasse konstituierte, und die, wo sie bereits als Klasse konstituiert, die Feudalherrschaft und die Monarchie umstürzte, um die Herrschaft zu einer Bourgeoisgesellschaft zu gestalten. Die erste dieser Phasen war die längere und erforderliche die größeren

*) Das heißt: die damaligen, die Fourrieristen in Frankreich, und die Owenisten in England. (Nann. von Fr. Engels.)

Anstrengungen. Auch das Bürgerthum hatte mit partiellen Koalitionen gegen die Feudalherren begonnen.

Man hat viel Untersuchungen angestellt, um den verschiedenen historischen Phasen nachzuspüren, welche die Bourgeoisie von der Stadtgemeinde an bis zu ihrer Konstituierung als Klasse durchlaufen hat. Aber wenn es sich darum handelt, sich genau Rechenschaft abzulegen über die Streiks, Koalitionen und die anderen Formen, unter welchen die Proletariat vor unseren Augen ihre Organisation als Klasse vollzieht, so werden die einen von einer wirklichen Furcht befallen, während die andern eine transzendente (übernatürliche) Erleuchtung an den Tag legen.

Eine unterdrückte Klasse ist die Lebensbedingung jeder auf den Klassen-gegensatz begründeten Gesellschaft. Die Befreiung der unterdrückten Klasse schließt also notwendigerweise die Schaffung einer neuen Gesellschaft ein. Soll die unterdrückte Klasse sich befreien können, so muß eine Stufe erreicht sein, auf der die bereits erworbenen Produktivkräfte und die geltenden gesellschaftlichen Einrichtungen nicht mehr neben einander bestehen können. Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst. Die Organisation der revolutionären Elemente als Klasse setzt die fertige Existenz aller Produktivkräfte voraus, die sich überhaupt im Schooß der alten Gesellschaft entfalten konnten.

Heißt dies, daß es nach dem Sturz der alten Gesellschaft eine neue Klassenherrschaft geben wird, die in einer neuen politischen Gewalt gipfelt? Nein.

Die Bedingung der Befreiung der arbeitenden Klasse ist die Abschaffung jeder Klasse, wie die Bedingung der Befreiung des dritten Standes, der bürgerlichen Ordnung, die Abschaffung aller Stände war.

Die arbeitende Klasse wird im Laufe der Entwicklung an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation setzen, welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt, und es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassenkampfes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist.

Inzwischen ist der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie ein Kampf von Klasse gegen Klasse, ein Kampf, der auf seinen höchsten Ausdruck gebracht, eine totale Revolution bedeutet. Braucht man sich übrigens zu wundern, daß eine auf den Klassenkampf begründete Gesellschaft auf den brutalen Widerspruch hinausläuft, auf den Zusammenstoß Mann gegen Mann, als letzte Lösung?

Man sage nicht, daß die gesellschaftliche Bewegung die politische ausschließt. Es gibt keine politische Bewegung, die nicht gleichzeitig auch eine gesellschaftliche wäre.

Nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassenkampf gibt, werden die gesellschaftlichen Evolutionen ausführen politische Revolutionen zu sein. Bis dahin wird am Vorabend jeder allgemeinen Neugestaltung der Gesellschaft das letzte Wort der sozialen Wissenschaft stets lauten:

Kampf oder Tod; blutiger Krieg oder das Nichts. So ist die Frage unerbittlich gestellt. (George Sand.)

So schrieb Marx vor nahezu 40 Jahren, und was er über die Arbeiterkoalitionen sagt, die sich damals immerhin noch im embryonalen Zustande befanden, ist so treffend, daß man meinen könnte, dies Kapitel wäre heute erst geschrieben. In allen Ländern sehen wir mit der steigenden Entwicklung der Industrie sich die Arbeiterkoalitionen entwickeln, trotz aller Schwierigkeiten, welche entgegengesetzte Traditionen, Strafgesetze und dergleichen ihnen in den Weg legen.

So sehen wir in Frankreich, wo die politisch-revolutionären Ueberlieferungen vorherrschen, die Arbeiter schließlich doch wieder auf die gewerkschaftlichen Organisationen (Syndikatskammern) zurückgreifen, die heute den soliden Kern der französischen Arbeiterbewegung bilden. Und ebenso entwickelt sich in Deutschland immer stärker das Gewerkschaftswesen, obwohl der von den deutschen Arbeitern hochverehrte Lassalle bekanntlich ein Gegner desselben war. Lassalle's Irrthum in dieser Beziehung rührte von seiner stark ideologischen Auffassung des Staates her, die heute von gewissen Staatssozialisten gern benutzt wird, um den großen Agitator für ihre unsauberen Zwecke in's Feld zu führen.

Die Rolle, welche oben die „Sozialisten“ den Gewerkschaften gegenüber spielten, spielten in den 60er und 70er Jahren in Deutschland die orthodoxen Lassalleaner, während heute es die Anarchisten sind, welche in ähnlicher Weise argumentieren. Aber die Gewerkschaftsbewegung ist so stark, daß sie das Vorurtheil der Buchstabengläubigen des Lassalleismus ebenso besiegt hat wie die hochtönende Phrase des Anarchismus. Wo die Anarchisten Erfolge erzielen wollten, mußten sie mindestens das gewerkschaftliche Ausschüßergesicht benutzen, oder ihren Anarchismus den Gewerkschaften wohl oder übel anzupassen suchen, wie sich das namentlich jetzt in Amerika zeigt, wo der Anarchismus die ergößlichsten Metamorphosen vollzieht.

*) Stände hier im historischen Sinn der Stände des Feudalstaats, Stände mit bestimmten und begrenzten Vorrechten. Die Revolution der Bourgeoisie schaffte die Stände sammt ihren Vorrechten ab. Die bürgerliche Gesellschaft kennt nur noch Klassen. Es war daher durchaus im Widerspruch mit der Geschichte, wenn das Proletariat als „viertes Stand“ bezeichnet worden ist. (Ann. von Fr. Engels.)

Feuilleton.

Der Gehekte.

Dramatisches Gemälde aus der Jetztzeit.

In drei Akten und einem Vorspiel.

Von G. W.

(Fortsetzung.)

(2. Szene. Habgier und Frau treten auf in reicher Kleidung.)

Habgier: Siehst Du, liebe Lucie, von dieser kleinen Anhöhe aus kannst Du am besten den Fortgang der Arbeiten überschauen und Deine Pläne der Bewässerung entgegen sehen. Darf ich Dir meinen Feldstecher anbieten?

Frau Habgier: Danke, lieber Alex, Du bist sehr freundlich. (Sie schaut aufmerksam durch das dargereichte Glas.) In der That, jetzt untersehe ich deutlich die Rundung des auszugradenden Teiches, und dort erblickt sich schon recht sichtbar der aufgeschüttete Hügel. Durch dies Arrangement gewinnt unser Park bedeutend.

Habgier: O ich habe noch ganz andere Veränderungen in Aussicht genommen: ich hoffe mit der Zeit unsern Park zu einem kleinen Paradies umzuwandeln.

Frau Habgier: Siehst Du, so gefällig Du mir. Denn eigentlich bin ich es doch, der das Verdienst gebührt, diese Verschönerungen in Ansehung zu haben. Du wollest anfangs absolut nichts davon wissen. Erst nachdem ich mit unserem Ingenieur Rücksprache genommen und die Anwendung der billigen Arbeitskräfte in Aussicht hatte, liehest Du Dich herbei, diese großartigen Arbeiten zu beginnen.

Habgier: Liebes Kind, ich weiß, wie übel so etwas gedeutet werden kann.

Frau Habgier: Du hast Deine kleinen Struipel wohl noch nicht ganz überwunden? Aber bedenke doch, lieber Alex, daß wir den armen, hungernden Handwerksburschen eine Wohlthat erweisen, wenn wir ihnen Arbeit und Essen geben. Glaube mir, gerade die Rücksicht auf das Elend der Armen bestärkte mich in meinem Entschlusse. Hier sind die wirklich christlichen Menschen, welche die Arbeit lieben, doch vor dem äusseren Hunger geschützt. Es beruhet mein Herz stets schmerzlich, wenn ich von der großen Arbeitslosigkeit höre oder lese und dem unsäglichen Elend, welches sie im Gefolge hat.

Habgier: Keine liebe Lucie, ich weiß wohl, daß Dein Edelmann allein Dich veranlaßte, auf diese Weise dem Elend und Hunger zu steuern. Ist doch die Wohlthat unseres erhabenen Monarchen von demselben Trüben diktiert; auch die Sozialreform unseres Fürsten Reichskanzler entspringt den gleichen Motiven. Wenn nur Jedermann davon überzeugt wäre.

Frau Habgier: Was kümmert uns das Urtheil des Pöbels! Ueber das sind wir erhaben. Du wirst sehen, der Minister, dem Du

Den Schlußpassus von dem Ausschüßern der eigentlichen politischen Gewalt, sobald die Klassenherrschaft aufgehört hat, haben wir schon früher einmal zitiert, um zu zeigen, wie lächerlich es ist, wenn Anarchisten und Staatschwärmer von einer Befreiung von Marx bezw. Engels zum Anarchismus reden. Das hat indeß weder die Einen noch die Andern verhindert, nach wie vor diese Albernheit auszuspielen, — die Anarchisten als Beweis für die Grobheit ihrer Lehre, die Staatschwärmer, um die unbecommene Kritik ihres Hohen Staat um so besser denuzieren zu können. Beide verschweigen dabei nämlich, daß Marx und Engels überall, wo sie von einem Ausschüßern der politischen Staatsgewalt reden, sie als das Resultat einer geschichtlichen Entwicklung in Aussicht stellen, und daß Engels, um jeglicher Mißdeutung vorzubeugen, in seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ ausdrücklich hervorhebt, daß der Staat nicht „abgeschafft“ wird, wie die Anarchisten sich einbilden, sondern daß seine Funktionen als Ausschüßern der politischen Gewalt im Laufe der Entwicklung nach und nach absterben. Das ist so klar ausgebrocht, daß es selbst Herr H. W. Fabian in New-York verstehen sollte.

Indeß mit diesen Leuten ist nicht zu diskutieren. So wirst uns genannt Herr Fabian im Sonntagsblatt der „New-Yorker Volkszeitung“ vom 28. Dezember vorigen Jahres vor, eine „Schwenkung“ vollzogen zu haben, weil wir Bismarck gegenüber, der vom „Verhüllen unserer Ziele“ gesprochen, einen Passus aus dem Wahlmanifest unserer Partei abgedruckt hatten, in welchem es unter Anderm heißt, daß der Staat „durch und durch demokratisch sein muß, so daß der Gegensatz zwischen Staat und Volk ganz verschwindet“. Wäre Herr Fabian weniger von seiner Unschicklichkeit durchdrungen, so würde er vielleicht so ehrlich gewesen sein, die Thatsache nicht zu verschweigen, daß wir unsere Auffassung vom Staat nie als die der Partei ausgegeben, vielmehr gerade ihm oder Herrn Rosenberg gegenüber ausdrücklich zugestanden haben, daß das Gros der Partei wahrscheinlich nicht unserer Ansicht sei. Datten wir schon aus diesem Grunde keine Ursache, gegen den genannten Passus und zu verwehren, so ist derselbe zudem so gefast, daß wir ihn unbeschadet unserer historischen Auffassung von dem schließlichen Absterben des Staatsorganismus getrost unterschreiben konnten, gerade weil wir auf dem Standpunkt der Entwicklungstheorie stehen. Herr Fabian ist aber so in den Staat verliebt, daß ihm schon der geringste Zweifel an dessen „Macht und Herrlichkeit in Ewigkeit“ als ein Verbrechen erscheint, und er deshalb das strenge Erforderniß an die Partei stellt, die neuesten Schriften von Engels und Bebel auf den Index zu setzen, bei Strafe, jeden Anspruch auf den Titel sozialdemokratisch zu verlieren.

Indeß wir fürchten, wir fürchten, er bleibt der Prediger in der Wüste. Leo.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 25. Februar 1885.

a. Die Sozialreform für die oberen Zehntausend, so könnte man kurz die Verhandlungen charakterisieren, die sich seit zehn Tagen im deutschen Reichstag abspielten. Bismarck glaubt für die Proletariat genug gethan zu haben, es fällt ihm ein, daß es neben diesen auch noch andere „Nothleidende“ gibt, für die sein Herz besonders warm schlägt, und siehe, kragt Kommandirt er seine Geheimräthe, sich hinzusetzen und eine Verbesserung zum Zolltariff von 1879 auszuarbeiten, die, Gesetz geworden, den nothleidenden Großgrund- und Waldbesitzern die schon vollen Tassen noch weiter vollpropft. Die Arbeiter haben bisher die sozialdemokratischen Wohlthaten aus eigener Tasche bestreiten müssen, in Anfallsachen sogar weit mehr als die einfachste Billigkeit und Gerechtigkeit ihnen zumuthen konnte. Die Sozialreform für die Reichen kostet diese keinen Pfennig, die Kosten bezahlet wiederum der arme Mann, und so erfüllt sich das hübsche Sprüchlein der Bibel: Aber da nichts hat, dem wird genommen, was er hat, und der da hat, dem wird gegeben, auf daß er habe.

Es ist schwer, Jora und Enttäufung niederzulämpfen, wenn man steht und hört, mit welcher Innerschämtheit die Agrarier im deutschen Reichstag sich hinsetzen und über die Noth des kleinen Landmanns und der ländlichen Arbeiter jammern, wo sie doch nur an sich denken. Der kleine Mann und der ländliche Arbeiter werden vorgehoben, weil man zu gut weiß, wach maßlose Enttäufung losbrechen würde, wenn die geläufigen Massen erkannten, zu wessen Vorteil das parlamentarische Komödientenspiel in der Leipzigerfrage zu Berlin sich vollzieht.

Den Landjüngern und Vorkindbesitzern ist noch zu wenig, was die Regierung ihnen bietet. In blinder Eifer verlangen sie noch mehr, und da die eigene Zahl nicht ausreicht, den Raub am arbeitenden Volk sich auf parlamentarischem Wege zu sichern, verbünden sie sich mit den Industrieherrn, um ein Schachergeschäft abzuschließen, das kurz gefast dahin lautet: Bewillige mir meine Agrarzölle und ich bewillige Dir Deine Industriezölle.

Nach diesem sauberen Grundfay sind die Getreidezölle verdreifacht worden, wird man die Holzölle vervier- und verfachfachen, mögen unsere Millionen von Arbeiter auch nicht wissen, woher sie das tägliche Brod nehmen sollen, mögen die Hunderttausende

von unserer neuen Einrichtung geschrieben hast, wird Dir keine Anerkennung nicht vorenthalten.

Habgier: Es wäre mir sehr angenehm. Uebrigens sollten wir bereits Antwort haben.

Frau Habgier: Sieh, da kommt der Briefbote, vielleicht bringt er das Gewünschte.

(Briefbote überreicht mit militärischem Gruß einen großen Brief mit amtlichem Siegel und entfernt sich, gleichfalls militärisch grüßend.)

Habgier (öffnet sichtbar, erregt den Brief und liest denselben durch; dann freudig erregt zu Lucie): Du hast's errathen, von Seiner Durchlaucht. Höre nur! (Er liest den Brief laut vor, während Lucie neben ihm mit den Augen zu folgen sucht.) Deutsche Reichskanzlei.

Abtheilung für innere Angelegenheiten. Berlin, 17/3. 1885.

Sw. Hochwohlgeboren zur geneigten Kenntnissnahme, daß mich Ihre geneigte Schreiben vom 18. v. M. mit hoher Befriedigung erfüllt hat. Würde doch Ihr hochherziges Beginnen in weitesten Kreisen unseres verdienstvollen und königstreuen Adels Nachahmung finden und die zahlreiche Klasse der Unterthanen erkennen lassen, daß ihr Wohl nur gefördert werden kann in treuer Anlehnung an Kaiser und Reich.

Daß dieses Vorgehen wohlthätig rückwirket auf Se. Majestät unseren erhabenen Monarchen, welcher inmitten der politischen Stürme unserer Zeit unwandelbar dem Ziele zustrebt, welches Er in Seiner Botschaft verkündete, dürfte Ihnen zur besonderen Genugthuung gereichen.

Aber auch der von mir verfolgten Sozialreform ehen Sie in erfreulicher Weise die Wege.

Sie können, mein lieber Herr von Habgier, versichert sein, daß ich Ihrer stets anerkennend gedenke und dafür sorgen werde, daß Ihren Verdiensten um die Monarchie auch die staatliche Anerkennung nicht vorenthalten bleibt.

Mit Hochachtung ergebens gg. Otto von Bismarck Fürst Reichskanzler.

Herrn Alex von Habgier auf Schloß Habgier.

Herrlich, herrlich, das übertrifft meine kühnsten Erwartungen!

Frau Habgier: Habe ich Dir nicht gesagt, daß der Minister sich nur günstig äußern kann. Du bekommst nun gar einen Orden. Alex! Der erste Schritt zu Deiner künftigen Landrathsstelle ist hiermit geschickt eingeleitet.

Habgier: Nach einer so günstigen Antwort glaube ich es selbst.

Frau von Habgier: Du bist immer zu kleinmüthig. Anders konnte der Minister gar nicht antworten. Wir haben durch die Inangriffnahme dieser Arbeiten ein Wilhelmendorf on miniatur für die Nothleidenden eingerichtet.

kleiner Handwerker, denen man mit mittelalterlichen Junkeinrichtungen vergeblich zu helfen sucht, ihre Rohmaterialien so vertheuert bekommen, daß sie die Kaufpreise kaum noch erschwingen können und der Raub des Großkapitals immer mehr erliegen.

Bismarck behauptet, dem Kleinbesitz helfen zu wollen, gleichzeitig löst er aber auch die Kulturmission des Großgrundbesitzes für den heutigen Staat, diesen Grundbesitz, der glorie wie eine Harpie nach jedem Fischen Land angeht, das er ergreifen kann, und polypenartig die Kleinen aufsaugt. Insofern erfüllt der Großgrundbesitz allerdings eine Kulturmission, aber eine, die zu ganz andern Resultaten führt als die kulturkämpferischen Großbesitzer sich einbilden. Die Großadmiralwirtschaft führt zur Expropriation des Kleinbesitzes, zur Entwässerung des flachen Landes, zur kapitalistischen Spekulations- und Raubwirtschaft. Indem die Ausbeutung des Grund und Bodens auf höchster Stufenleiter Gegenstand spekulativer Privatwirtschaft wird, muß die Ernährung der Volksmenge darunter leiden. Die Lebensbedingungen der Masse verschlechtern sich in demselben Maße, wie die Profite aus der Grundrente wachsen. Einmal Tages aber wird das ausgebeutete Volk gewahrt, daß es in seinen wichtigsten Lebensinteressen einer Handvoll Grundherren zum Opfer gefallen ist, es wird sich des Grund und Bodens wieder bemächtigen und ihn zu dem machen, was er einst war, zum Gemeineigentum aller.

Diesem Ziele arbeitet Bismarck und sein Junkerthum ungewillt entgegen, und von diesem Standpunkt aus begreifen wir seine volkfeindlichen Maßregeln als unsere schwersten, unsehbarsten Bundesgenossen.

— Aus den Reichstagsdebatten ist noch nachzutragen, daß die Beratung des Antrags Lenzmann befaßt Entschädigung unschuldig Verurtheilter auch unserer Partei Gelegenheit gegeben hat, die hienige Justizstände zu geißeln und auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, daß nicht bloß unschuldig Verurtheilte, sondern überhaupt unschuldig Verhaftete entschädigt werden. Es ist eine Thatsache, die manche der Leser aus Erfahrung bestätigen werden, und die andern sich psychologisch erklären können, daß die Untersuchungschaft mit ihrer Ungewissheit weit peinlicher ist als die Strafsaft. Jeder, der während der Untersuchungschaft verurtheilt wird, hat ein Gefühl der Erleichterung, sobald der Urtheilsspruch verkündet ist und er das Ende seiner Strafsaft kennt. Kaiser sprach im Namen der Fraktion, und schüttelte dabei den schächlichen Staatsanwalt Rammermann, der die draven Richter und Staatsanwälte verteidigen wollte, nach Noten ab.

Nach eine andere, die Reform der Rechtspflege betreffende Materie: die Herabsetzung der Gerichts- und Advokaten-Gebühren beschäftigte den Reichstag in jüngster Zeit. Unser Standpunkt in dieser Frage wurde von Bock zur Geltung gebracht, der auf die jetzt herrschenden Mißstände hinwies, und den Nachweis führte, daß eine gründliche Besserung nur durch Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, wie unser Programm sie fordert, erzielt werden könne.

Aus dem beabsichtigten Schluß der Session vor Oheim wird nichts. Die Herren Großgrundbesitzer haben ihre Getreidezölle glücklich eingeholt, und nun haben sie keine Eile mehr. Mag über die sonstigen Bölle noch Wochen geredet werden — sie können es in Gemüthsruhe anhören, denn „die Rage, die Ray ist getretet“.

Am 21. dieses vertrat der Reichstag sich auf eine Woche. Das Motiv ist charakteristisch. Herr Windthorst, der bisher den Konservativen bei der Jagd auf die Kornzölle geholfen, empfindet jetzt das Bedürfniß, im preussischen Abgeordnetenhaus, wo der Kultus-Etat auf der Tagesordnung steht, Kulturkampf zu treiben, und das kann er nicht mit der nöthigen Ruhe, wenn der Reichstag gleichzeitig tagt.

— In Sachen der Dampfer-Subvention hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer letzten Sitzung beschlossen:

- a) für die ostasiatische und für die australische Linie — für letztere mit Ausnahme der Samoa-Zweiglinie — zu stimmen;
- b) in Konsequenz ihrer Stellung zur Kolonialpolitik die afrikanische sowie die Samoa-Linie abzulehnen;
- c) zu verlangen, daß die einzustellenden Schiffe neue Dampfer ersten Ranges und auf deutschen Werften gebaut sein müssen.

Wird diesem Verlangen nicht nachgegeben, wird eine der Linien, gegen welche die Fraktion sich erklärt hat, vom Reichstag angenommen, so wird die Fraktion gegen die Gesamtvorlage stimmen.

Ein Blick auf diese Beschlüsse zeigt, daß die Majorität der Fraktion von dem Gedanken geleitet worden, eine Scheidung der Linien, welche offenbar bloß der Kolonialpolitik dienen sollen, und derer, die an sich als den Handelsinteressen dienend betrachtet werden können, vorzunehmen.

Nach den Erklärungen, welche Bismarck selbst mündlich und in seinem Leiborgan, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ abgegeben hat, kann zwar nicht daran gemeißelt werden, daß die ganze Dampfer-Subventionsvorlage der Kolonialpolitik dienen würde, indeß das läßt sich doch nicht leugnen, daß die ostasiatische und auch die australische Linie (ohne die Samoa-Zweiglinie) dem Handel gewisse Vortheile bieten würde, während die afrikanische nur den Kolonialschwindel befördern soll.

Die Majorität des Reichstags und die Regierung selbst wird unter keinen Umständen auf die afrikanische und Samoa-Linie verzichten, und auch nicht die betrefte der Qualität und des Baues von unserer Fraktion gestellten Bedingungen eingehen.

So wird also die sozialdemokratische Fraktion einstimmig gegen die Dampfer-Subventionsvorlage in ihrer Gesamtheit stimmen.

Habgier: Es beruhet mich nur unangenehm, daß keiner von den auf der Landstraße aufgegriffenen Handwerksburschen länger als die kontraktlich unterschriebenen 14 Tage hier bleibt. Wenn mir überhaupt diese Vereinbarung vorher abschließen würden, blieben sie nicht einmal diese 14 Tage hier.

Frau Habgier: Das beweist höchstens, daß es mit den gefesselt verbreiteten Berichten über die große Nothlage und Arbeitslosigkeit nicht so weit her ist, und daß das Volk lieber hungert als arbeitet. Bei solchen Wahrnehmungen muß aber schließlich auch das regste Mitgefühl schwinden.

3. Szene.

(Gensdarm Gros tritt auf und grüßt denot.)

Gensdarm: Gnädiger Herr, ich habe die Ehre zu melden, daß ich heute einen jungen kräftigen Arbeiter zugeführt habe.

Habgier (kustelig mit der Hand dem fraum stehenden Gensdarm winkend): Schon gut. (Greift in die Tasche und reicht dem Gensdarm ein Geldstück.)

Gensdarm: Danke ergebens, gnädiger Herr. Ihr unterthänigster Diener. (Geht ab.)

Frau Habgier: Ein ungezogener Mensch, dieser Gensdarm, der nicht einmal soviel Anstand besitzt, bei Erledigung seiner Dienstangelegenheiten auf mich Rücksicht zu nehmen.

Habgier: Was willst Du machen, meine Liebe? Ich habe diesem Bützel ein für allemal gesagt: die Regelung dieser Angelegenheit mit mir unter vier Augen zu erledigen. Aber gerade diese Sorte Beamter ist frech und unverschämmt, wie man selten ihres Gleichen trifft.

Frau Habgier: Ich finde übrigens zwei Mark für seine geringe Dienstleistung enorm. Der Mensch sammelt ja Kapitalien an, wenn das so fortgeht und jeder Hergeschehe immer nur 14 Tage bleibt.

Habgier: Morgen werde ich ihm ankündigen, daß ich seine Dienste nur noch mit einer Mark zu vergüten gedenke.

Frau Habgier: Ach sieh, da kommen unsere Arbeiter. (Langsam und ätzend führen einige Arbeiter ihre schweren Karren vorüber. Frau Habgier schämt sich ängstlich an ihren Gemahl.) Die hüßlich, roh und verkommen sehen doch diese Menschen aus! Ich fürchte mich vor jeder Begegnung mit ihnen.

Habgier: Das sind unsere Kulis. Sieh, darum bin ich gegen die Chineseneinfuhr. Warum sollen wir unser deutsches Vaterland mit noch mehr heimathlosem und Diebs-Gesindel überfüllen? Wir haben dessen genug. Denn, meine theure Lucie, diese überfremdschreibenden Bagabonden können wir nur mit den Waffen in der Hand in Schach halten. Was ist denen Vaterland, was deutsche Ehre? — Es ist nur gut, daß Du Dich nicht um Politik kümmerst, denn Du würdest Dinge zu hören bekommen, die Dir manchmal die Freude am Leben vergällen könnten und Dich nur anghooll in die Zukunft schauen ließen.

Frau Habgier: Aber ich bitte Dich, lieber Alex, ich glaube, Du siehst schon wieder zu schwarz. Diese Bagabonden können uns doch unmöglich in dem Maße bedrohen, als Du annimmst.

Zur Ergänzung der obenstehenden Notiz, deren Verfasser durch seine Stellung zur äußersten Zurückhaltung in dieser Frage gezwungen ist, lassen wir eine Zuschrift folgen, welche dem „Berliner Volksblatt“ zugegangen ist.

Dieselbe lautet:
„Der gestrige Leitartikel Ihres Blattes über die Dampfersubvention, in welchem die Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu derselben erörtert wird, muß bei den Lesern den Glauben erwecken, die Fraktion sei einstimmig zu diesen Beschlüssen gekommen. Da dies nicht der Fall ist, vielmehr in der Fraktion sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten über diese Frage herausgestellt haben, so dürfte es sich empfehlen, den Lesern des „Berl. Volksblattes“ auch kurz gedrängt die Gründe anzuführen, welche die Minorität veranlaßten, sich der Vorlage gegenüber ablehnend zu verhalten.“

Die Minorität geht von der Ansicht aus, daß die Dampfersubvention überwiegend der Unternehmerklasse und speziell einer kleinen Anzahl von Börsenmännern und Millionären zu Gute kommen werde, daß das, was für die Arbeiterklasse an Vorteilen daraus abfließt, äußerst gering sei, daß aber unter solchen Umständen die Arbeiterklasse überhaupt die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse obzuliegen, für die Unterstützung eines solchen Unternehmens aus den Taschen aller und vorzugsweise der Arbeiter nicht stimmen könnten.

Es wurde ferner geltend gemacht, daß, wenn die Vorteile, die für den Handel durch regelmäßige Postdampferlinien zu erlangen seien, so groß wären, wie die Anhänger der Subvention behaupten, ein Staatsunternehmen erst recht überflüssig sei und der Handel diese Linien auf eigene Kosten einrichten würde. Bekanntlich befinden sich nach Ostasien und Afrika regelmäßig gehende deutsche Dampferlinien, die wenn sie die deutsche Unternehmerklasse durch Benutzung von Frachten entsprechend unterstützen würde, ausserordentlich prosperieren. Der Postbeförderung halber kostspielige Subventionen zu gewähren, sei um so weniger angebracht, als bereits andere Länder (Frankreich, England, Oesterreich etc.) ausserordentlich Postdampferlinien unterhalten, um deren Benutzung die deutsche Unternehmerklasse nach wie vor mit angewiesen bleiben, und die Kosten ersparen könnten, die andere Länder für uns machen. Die Internationalität des Verkehrs bedinge ganz von selbst, ohne Rücksicht auf die Nationalität, die Verkehrsmittel zu benutzen, die sich am bequemsten böten.

Ferner sei zu beachten, daß die Linie nach Australien in hohem Grade die Kolonialpolitik der Reichsregierung, welche die Fraktion be- unterstüzt, das der Handel mit Australien notwendig verstärkte Einfuhr von australischen Landesprodukten: Getreide, Fleisch und naturliche Wolle zur Folge haben werde, daß eine solche Steigerung der Einfuhr agrarischer Produkte das Wohlverhalten der agrarischen Kreise steigern und bei der, diesen Tendenzen günstigen Stimmung der Reichsregierung die Wirkung haben werde, daß mit der steigenden Einfuhr eine neue Erhöhung der Zölle auf Getreide und Fleisch und die Einfuhr eines sehr erheblichen Fleisches auf Wollzentrifugen einsetze. Da es sich doch die verfehlte Welt, die erst mit Reichsmitteln Unternehmungen zu subventionieren und dann die Wirkungen dieser Subventionierung durch eine abermalige Erhöhung der Zölle auf die notwendigen Lebensbedürfnisse der Bevölkerung aufzuheben.

Wer bei dieser Reichssubvention hauptsächlich profitiere, das zeige sich deutlich daran, daß neben den großen Rhedereidern Bremer, Bremen und Wismar-Hamburg die Börsenfürsten Reichardt und Hansmann und der Bildhauer erschienen. Diese Herren beteiligten sich nur da, wo auf sie etwas Erkleckliches abfiel. Es sei also ganz unzweifelhaft, daß für die Arbeiterklasse der Vorteil der großen Unternehmern der Admenantheil der Vorteile der Kosten in Form der indirekten Steuern und Lasten auf alle Lebensbedürfnisse der Arbeiterklasse und der kleinen Mann zu tragen habe, deshalb empfehle sich für die Fraktion prinzipielle Ablehnung der Vorlage.

Ein dahingehender Antrag wurde mit erheblicher Mehrheit in der Fraktion abgelehnt. Derselbe erklärte sich dann für die Subventionierung der ostasiatischen Linie, wozugegen die Subventionierung der australischen Linie mit knapper Majorität beschlossen wurde. R.

Zur Beachtung für Sozialisten: Bayern hat im Jahr 1884 an Judensteuer 781,711 Mark eingenommen, aber an Ausgabepremien 7,622,683 Mark bezahlt, so daß den in Bayern existierenden 2 Jüdenfabriken und 3 Jüdenraffinerien aus der Staatskasse ein direktes Geschenk von 960,972 Mark gewährt wurde. Es geht doch nichts über eine gut angebrachte Staatshilfe!

Aus Leipzig, 15. Februar, schreibt man uns: Das Rumpfkabinet hat auch unserer Polizei einige Arbeit gemacht. Und zwar schon zu verschiedenen Gelegenheiten. Ich will nur von einem einzigen „Fall“ sprechen. Auf der Frankfurter Polizei — an sie adressiert — kam vor 14 Tagen oder 3 Wochen ein Brief in Berlin an, welcher das Attentat und den Attentäter verherrlichte. Die poetische Epistel trat dem Poststempel Leipzig und wurde natürlich von der Frankfurter Polizei an die Leipziger Polizei geschickt. Und die Leipziger Polizei unterwarf natürlich die Handschrift einer sehr sorgfältigen Prüfung. Alle Schriftstücke und Namensunterzeichnungen von bekannten Sozialdemokraten wurden mit der Handschrift der Epistel verglichen — Tage lang ohne Erfolg, bis eines schönen Morgens ein finstrierer Polizeier in einer Protokollunterchrift seine Kechnlichkeit entdeckt zu haben glaubte. Der herbei-

Dabgier: Kein unglücksvoller Engel, ich sage noch einmal, es ist gut, daß Du Dich nicht um Politik kümmerst. Denke nur, voriges Jahr vier und zwanzig Vertreter in den Reichstag gewählt. Lucie, vierundzwanzig Männer schwebten von der Reichstagstribüne ihre drohenden Brandreden unter das Volk! Und leider existiert noch kein Gesetz, welches den Vertretern der Revolution das Sprechen auf der Reichstagstribüne verbietet. Ungeachtet kann das Volk die anstößigen Reden lesen und die Konsequenzen daraus ziehen.

Frau Dabgier: Um Gotteswillen! Du erfüllst mich in der That mit Entsetzen. Sind denn diese Landstreicher so zahlreich, so mächtig, daß sie vier und zwanzig Abgeordnete in den Reichstag wählen konnten? Hat denn die Stimme dieser Menschen überhaupt eine Geltung?

Dabgier: Jetzt ist alles Bagabond, alles heimatloses Gefindel, und es hält schwer, die Schafe von den Wölfen zu scheiden. Aber fasse Dich, liebe Lucie, noch sind wir die Stärkeren, weil wir unter allen Umständen auf unser Heer rechnen können. Die Armes gebort uns blindlings, sie schützt uns vor der Begehrlichkeit dieses Gefindels.

Kuffeher Strengmann (kommt): Gnädige Herrschaften, ich habe mit Respekt zu melden, daß der heute Vormittag jugendliche Arbeiter schwer erkrankt ist, und erlaube mir zu fragen, ob man ihn per Wagen nach dem Krankenhaus schiden soll.

Frau Dabgier: Was, der Mensch hat kaum zwei Stunden in unseren Diensten gestanden, und jetzt ist er schon krank? Ich soll gar einen Wagen hergeben, um ihn nach dem Krankenhaus bringen zu lassen. Sie verlangen wohl gar unsere Chaise?

Dabgier: Bitte, rege Dich nicht auf, Theure. (Zum Kuffeher) lassen Sie den Mann ein wenig ruhen, aber dann möge er so schnell wie möglich mein Gut verlassen. (Für sich) Kommt mich theuer genug, der Kerl!

(Kuffeher entfernt sich.)

Frau Dabgier (geht erregt hin und her): Ich bin ganz außer mir. Der Gensdarm muß gesehen haben, daß der Bürsche krank ist. Nichtsdestoweniger bringt er ihn her und verlangt sofort seinen Lohn. Es ist empörend!

Dabgier (hat inzwischen den Brief hervorgezogen und liest, während Lucie spricht mit stiller Genugthuung): Köche doch Ihr hochherzige Beginnen — die zahlreiche Klasse der Enterbten erkennen lassen, daß ihr Wohl nur gefördert werden kann — (laut) Es ist sicher, Lucie, ich bekomme einen Orden. Um arme mich!

Frau Dabgier: Kein lieber, lieber Alex!

(Während sie sich umarmen, fällt der Vorhang.)

gerufene „Sachverständige“ i. s. t. ä t i g t e, wie das Sitte der Sachverständigen ist, die Kechnlichkeit, und daraufhin begaben sich dann Polizeio-rgane nach der Werkstatt, wo der Urheber jener Unterchrift arbeitet, liehen denselben herausrufen und im Comptoir ein Diktat schreiben — natürlich ohne anzugeben, zu welchem Zweck. Das Diktat wurde mit einem Schriftstück, das einer der Polizeiherrn hervorholte, verglichen; es erfolgte einiges Kopfschütteln und Bückeln, wovon der ahnungslose Akzent-Sympathie-Berdächtige absonst nichts verstand; und das Ende des Kopfschüttelns und Bückelns war, daß der Berdächtige auf die Polizei und von da sofort zur Staatsanwaltschaft geführt wurde. Hier wurden allerhand Schreibproben vorgenommen — abermaliges Kopfschütteln und schließlich — Entlassung.

Die Polizei hatte selbgeschossen und selbgeschossen. Der poetische Akzentler und Akzentler an der Poesie ist also noch nicht entdeckt. — Und nun etwas Anderes, welches sich mit Poese und Politik zu thun hat.

Ich ging heute an unserem alten Theater vorüber und sah zu- fällig nach dem Theaterzettel: Wilhelm Tell! Ich hatte die letzten Tage in den Zeitungen so viel über politischen Nord, Tyrannenmord, Akzentate u. s. w. gelesen, daß ich nicht desam, mir einen politischen Nord anzusehen, zwar nicht in natura, aber doch „auf den Brettern, die die Welt bedeuten“.

Gedacht, gethan!
 Da sah ich denn, wie ein Beamter, der „im Namen des Kaisers“ Wil- kürkräfte verleihe, von einem Mann aus dem Volke niedergeschossen wurde wie ein toller Hund — von Rechts wegen und unter dem Beifall des gesamten Publikums, das u. A. verschiedene mir bekannte Richter und Staatsanwälte einhielt. Ich legte mir die Frage vor, wie Kler unger- läufig aussehen würde, wenn er heute lebte, ob denn er z. B. in Frank- furt a. M. zum Polizeirath ernannt worden wäre, er nicht mit einem ge- wissigen Kumpf eine sprapante Kechnlich- it haben würde.

Und als dann die Erinnerung an Kaisers Adrecht in das Stück hineinfiel und der gelehrte Nordwest-Polizeirath, ich wollte sagen des Landtags, sich entsetzt von dem Königsmörder abwandte, der als Gegenstand der Verachtung hingestellt wird, da drängte sich mir unwill- kürlich der Gedanke auf, daß Schiller, der große Nationaldichter, uns in den Personen Tell's und Parricida's den Unterschied zwischen gemeinen und — politischen Verbrechern hat vor Augen führen wollen.

Ob es nicht, wie weiland Bärne gemeint, eine wiesbürgerliche An- wandlung war, die Schiller zur Verurteilung des Parricida bestimmte, das bleibe hier unerörtert.

Genug: in einem seiner volkstümlichsten, bewundernsten, ob seiner Sittlichkeit höchst gefeierten Stücke hat unser, ob seiner hohen Sittlichkeit einstimmig in allen Tonarten gepriesener Nationaldichter zwei Worde geschüder: einen sittlichen und einen unsittlichen, einen po- litischen und einen gemeinen; und damit den Beweis geliefert, daß er nicht auf dem Standpunkte der heutigen Reichsregierung steht, die in dem berühmten Auslieferungsvortrag die politischen Verbrechern mit der gemeinen in einen Topf geworfen hat. Ein russischer Wilhelm Tell müßte nach diesem Beirrage andgeteilt werden und würde der Krone und dem Reich des Hinters verfallen.

Den Staatsanwalt aber, der vorhin mit sittlicher Befriedigung den Landvogt Weiser erschließen sah, möchte ich fragen, welchen Straf Antrag er gegen Tell stellen würde, wenn dieser einen modernen Weiser erschossen hätte.

— Die Kreisshauptmannschaft Leipzig und die Dres- dener Polizei haben sich das Verdienst erworben, unser amerika- nisches Parteiorgan, den „Sozialist“, durch ein Verbot zu em- pfehlen. Recht so!

Wir können bei dieser Gelegenheit mittheilen, daß der „Sozialist“ bereits eine Auflage von 4,000 hat. Unsern besten Glückwunsch.

— Die Demonstration der Pariser Studenten beim Begräbniß von Ball's hat wieder so recht deutlich gezeigt, daß der studirenden Jugend jener Idealismus, der sie einst ausgezeichnete, nicht mehr innewohnt. In Deutschland hatten wir längst Gelegenheit, uns hiervon zu überzeugen. Unsere studirende Jugend, die nach den sogenann- ten Befreiungs- oder gar „Freiheitskriegen“ an der Spitze der freiheit- lichen Bewegung stand und noch bis zum Jahr 1848 ein offenes Ver- trauen für die Regungen und Strebungen des Volkes hatte, ist seitdem mehr und mehr zu dem berechneten Klassenbewußtsein der Bourgeoisie ge- langt, welcher sie angehört. Der heutige Student ist servil, chauvinistisch und roh — gleich der modernen Bourgeoisie.

Es gibt selbstverständlich zahlreiche Ausnahmen, dieselben ändern jedoch nichts an der Regel.

In Frankreich ist es ganz ebenso. Der Pariser Student war noch bis zu den Zeiten des Napoleonischen Despotismus von einem demokratisch- revolutionären Heiligenschein umflossen. Die Julirevolution hatte ihn zu einem legendären Volkshelden gemacht. In der unzufriedenen Bourgeoisie glühte damals das Feuer der alten Revolution auf, und in der studirenden Jugend kam es zum Ausbruch, als der Kampf gegen die legitime, konterrevolutionäre und antinationale Bourbonnenmonarchie entbrannte. Studenten und Polizeigegner marschirten an der Spitze des arbeitenden Volkes, haßten die Straßenschlacht leiten.

In der Februarrevolution spielten die Studenten keine so hervorragende Rolle — allein immerhin kämpften sie mit und rechtfer- tigten den guten Ruf ihrer Vorgänger aus den heißen Julitagen des Jahres 1830.

Und auch noch unter dem Schandregiment Napoleon's des Kleinen waren die Pariser Studenten in den vordersten Reihen, und der „Edele des Quartier Latin“ (des Pariser Studentenquartiers) brüllte nicht bios recht kräftig, sondern bewies auch mehr als einmal, daß er noch beissen konnte und Kraft in den Tagen hatte. Aus der studirenden Jugend von damals sind manche der krassten Kommunekämpfer hervorgegangen.

Von da an beginnt aber ein Umschwung. Die „Mittige Kaitwoche“ schuf eine unüberwindliche Kluft zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Durch die Leidenschaft wurde der Klasseninstinkt geschärft, das Klassenbewußtsein zu hellen Flammen entzündet: die studirenden Söhne der Bourgeoisie fingen an, sich als Bourgeois zu fühlen. Der Idealismus wurde als unpraktischer Ballast bei Seite geworfen, und der scandöse Student ist nach und nach vollständig auf das Niveau des deutschen herabgesunken: er erweilt sich auf einen bürgerlichen Beruf vor, will Karriere machen, haßt das Proletariat, laßt über Humanismus und Internationalität und ist dem wüstensten Chauvinismus verfallen.

Welcher lehrreiche Kontrast: französische Arbeiter, verdrängt mit deutschen Arbeitern, ziehen durch Paris, um einem der tüchtigsten Kom- muneekämpfer das letzte Geleit zu geben; und Pariser Studenten beihimpeln auf das Böbelhafteste die deutschen Arbeiter, unter wüstem Revanche-Gebrüll!

Daß sie für dieses gemeine Benehmen nach Verdienst geüchigt wer- den, freut uns sehr; von ernstem Interesse für uns ist aber nur die symptomatische Bedeutung des Vorganges.

Auch in Frankreich steht die ein- so revolutionäre Studentenschaft auf Seiten der Reaktion — ganz wie in Deutschland.

Dieser scheinbare Rückschritt ist in Wirklichkeit ein Fortschritt, denn er wird durch die höhere politische Entwicklung bedingt. Die Zeiten sind in den Kulturländern vorbei, wo die verschiedensten Bestrebungen in einen gemeinsamen Oppositionsdröckel zusammengemengt waren: die verschiedenen Elemente haben sich von einander geschieden, die Klassen- und Interessengegenstände sind scharf zu Tage getreten, und die Klassen- und Interessengegenstände bestimmen die Parteistellung.

Das ist logisch, und das ist gut.

Auch in Rußland wird, mit der fortschreitenden ökonomischen Ent- wicklung, sich allmählig ein ähnlicher Umschwung vollziehen, und so fest wir von der Gefühlsregung der russischen Studenten überzeugt sind, und so aufrichtig wir diese heroischen Vorkämpfer ihres geknechteten, in Unwissenheit und Knechtschaft gehaltenen Volkes bewundern, so können wir doch andererseits mit der Vogil der Thatfachen nicht verschließen. Und diese lehren uns: sobald es in Rußland Klassen- und Interessengegenstände im modernen Sinne des Wortes geben wird, muß das Klassenbewußtsein mit Nothwendigkeit auch die Scheidung der Klassen dergestalt zur Folge haben, daß die Parteibildung und Parteistellung durch die Klasseninter- essen und das Klassenbewußtsein bestimmt wird.

Zum Schluß noch Eins:
 In deutschen Zeitungen sucht man den Pariser Vorgang zu chau- vinistischen Zwecken zu verwerthen. „Seht“, so sagt man uns, pharisäer- haft auf die Brust klopfend, „seht, was das für böse Menschen sind,

diese Franzosen, wie sie uns haßen! Und wie wir auf der Hut sein müssen!“

Und der R-Strain ist allemal: „Wir Deutsche sind doch bessere Men- schen! Bei uns wäre so etwas nicht möglich gewesen!“

Wirklich? Ihr Herrz, brave Herren!

In Paris waren es Deutsche, die von französischen Studenten insultirt wurden.

In Berlin ist es die letzten Jahre hindurch hundertmal vorgekom- men, daß Deutsche von Deutschen ihrer Abstammung, Religion und politischen Gesinnung wegen ebenso pöbelhaft insultirt worden sind, wie in Paris die deutschen Sozialisten von französischen Studenten.

Und bei diesen Berliner Böbelhaftigkeiten haben deutsche Studenten, antisemitischer Konfession, eine hervorragende Rolle gespielt.

Also hüßlich beschreiben, ihr deutschen Chauvinisten! Und denkt des Sprichworts:
 Wer in einem Glashause wohnt, darf nicht mit Steinen werfen.

— Frankreich. Von unsern in Paris lebenden Genossen geht uns eine eingehende Darstellung der Vorgänge bei der Beerdigung Jules Vallés zu, welcher wir kaummangels halber leider nicht mehr verdienst- lichen können, aus der hervorgeht, daß ersiend die Herren Stude- nten sich von vornherein dem Verhugung feindlich gegenüber- stellten, den Trauermärsch mit Kesseln, Drangen, Kartoffeln u. bewarben und erst dann, als sie des Kranzes unserer Genossen ansichtig wurden, diesen zum Objekt ihrer Akthalen machten, und daß zweitens die franzö- sischen Arbeiter energisch für ihre deutschen Brüder eintraten. Selbst die Beruche der Studenten, die Volksmasse gegen unsere Genossen da- durch aufzulockeln, daß sie behaupteten, dieselben hätten vivo la Prusse! gerufen, schlugen fehl.

Man beurtheile danach die Wahrheitsliebe gewisser Korrespondenten deutscher Blätter. Diese Herren scheinen im „höheren Auftrage“ zu gehen. Mit dieser Vermuthung stimmt auch eine Notiz des „Reichsboten“ überein, daß eine Anzahl unserer Genossen aus Paris ausgewiesen wer- den solle, und die französische Regierung die betref- fende Liste der deutschen Botschaft bereits vorge- lagt habe. Wenn hier nicht der Wunsch der Vater des Gedanken ist, so hätten wir einen neuen eklatanten Beitrag dafür, wie gut die Regierungen es verstehen, den Nationalitätenhaß zu fruktifi- zieren. Die „patriotische That“ der Pariser Studenten gewinnt auf diese Art einen ganz besonderen Anfrich.

Korrespondenzen.

Begesaa. Im 18. Hannover'schen Wahlkreis erhielten wir bei der diesmaligen Reichstagswahl 660 Stimmen, während mit 1878 nur 415 Stimmen erhalten hatten (1881 hatten wir gar keinen Kandidaten aufgestellt). Ein noch weit besseres Resultat hätten wir erzielt, wenn in Stade und Umgegend agittirt worden wäre. Aber in ganz Stade erhielten wir nur eine Stimme.

In unserer Umgegend haben wir nach Kräften gearbeitet und keine Mühe vertriehen lassen, ein möglichst gutes Resultat zu erzielen. Unser Kandidat Kollenduhre sprach in Vesum, Oberjoh, Scharenbeck, Harze, Ritterhude und Kumann. In letzterem Orte gab's auch eine Versammlungsausslösung. Der Herr Bürgermeister von Kumann, Kühl- mann, hatte nämlich noch nie die Ehre gehabt, eine Versammlung zu übermachen, er fühlte sich daher auch so majestätisch gehoben, daß er gleich von vornherein ver kündigte, er sei von der Behörde beauf- tragt, die Versammlung zu übermachen und nöthigenfalls aufzu- lösen! Und richtig, nachdem Genosse Kollenduhre ungefähr eine Stunde gesprochen, erhob sich Kühlmann im Gefühl seines hohen Auf- trags und sprach: „Rein Herr, ich kann nicht gestatten, daß Sie in der Weise weiter sprechen, sonst muß ich die Versammlung auflösen.“ Gesagt, gethan, als Kollenduhre weiter zu sprechen versuchte, erklärte Herr Kühl- mann die Versammlung für aufgelöst. Nächst verließen die Rathher- ren das Saal; wie aber die Auslösung gewirkt, hat sich am Wahltage ge- zeigt. Da erhielten in Kumann: Corneßen 52 Stimmen, Boffart 21 Stimmen und Kollenduhre 76 Stimmen!

Uebrigens haben wir Beschwerde erhoben, und in den folgenden Ver- sammlungen fand sich daher der Amtshauptmann in eigener Person ein. Mit der Bemerkung, daß wir auch nach den Wahlen nicht auf der faulen Haut liegen, wollen wir den heutigen Bericht schließen.
 Donnerwetter.

Stahfurt, im Januar. Es wird hohe Zeit, daß auch wir einmal etwas von uns hören lassen. Zur Zeit wird das Parteiorgan sehr wenig hier gelesen. Es wäre freilich Wunher, der gerne abonnirte, leider aber lassen das die heutigen Lohnverhältnisse nicht zu. Der Durchschnitts- verdienst beträgt bei uns Mk. 2.50, unser Meihins beträgt jährlich 40 bis 46 Thlr., und obendrein hat ein großer Theil von uns gar keine Arbeit, da zur Zeit die hiesige Kallindustrie darniederliegt, und an ein Emporkommen wohl kaum zu denken ist.

Bei der Reichstagswahl haben wir hier gute Fortschritte gemacht. Während wir 1881 145 Stimmen hatten, hatten wir diesmal 452 Stimmen.

Um Ihnen einen drastischen Beweis von der Herrlichkeit des Prole- tariat-Looses zu geben, will ich Ihnen meine Erlebnisse aus letzter Zeit mittheilen. Ich war in der gemischten Fabrik Reu-Stahfurt beschäftigt, wurde dabelst wegen Mangel an Arbeit entlassen. Nach mehreren Wo- chen Arbeitslosigkeit kam ich zum Bohrunternehmer Bratig, wo ich einige Monate beschäftigt wurde; leider wurde ich auch hier wieder wegen Mangel an Arbeit entlassen! Darauf ging ich nach Schacht Leopoldshall, wurde dabelst als Fördermann beschäftigt; aber auch hier sollte das Vergnügen nicht lange dauern, nach kurzer Zeit wurde ich abermals wegen Arbeitsmangel entlassen! So werden wir Arbeiter immerfort hin und her geworfen, und wie äppig es uns geht, wenn wir so glücklich sind, Arbeit zu finden, versehen Sie aus beifolgender Aufstellung, wonach ein Arbeiter bei 24 verschiedenen Schichten einen Durchschnittsverdienst von 2 Mark 43¹/₂ Pfg. pro Schicht hat — in einem Monat noch nicht 60 Mark. O äppiges Loos, o arbeiterfreundliche Gesellschaft!

Peter.

Hannau. Es wird für die Parteigenossen von Interesse sein, einen kleinen Bericht über unsere letzte Wahlkampagne zu vernehmen, insbe- sondere da wir, die bei der vorigen Wahl so glücklich waren, einen Sozialdemokraten nach Berlin senden zu können, diesmal das Dreiehsfeld hatten.

„Als anderen Parteien sind gegenüber der Ar- beiterklasse eine einzige reaktionäre Masse“, sagte einstens Lafalle. Wenn sich irgendwo dieser Ausspruch bewahrheitet hat, so war es hier der Fall. Alte bürgerliche Demokraten, Fortschritt- liche, Freisinnige, Nationalliberale, ultramontane Pfaffen und konservative Bauern — sie waren Ein Herz und Eine Seele gegenüber der Arbeiter- partei. Die Gegner kämpften mit allen Mitteln, mit e h r l i c h e n und auch mit u n e h r l i c h e n. Verleumdung und Verdrehung unserer Prin- zipien, schwindehaste Berispruchungen gegenüber den Wählern, verbunden mit einer noch nie dagewesenen Heulmanerei um Gott, König und Vaterland, das waren so die Mittel, deren man sich bediente, um die bösen, vaterlandlosen Sozialdemokraten aus dem Felde zu schlagen. Die heilige Hermansdoh, an der Spitze der Herr Landrath Freiherr von Broich, that natürlich auch ihr Möglichstes, um der konservativen Partei resp. dem konservativen Bauer Volkowig zum Siege zu verhelfen. No- tate vorher schon arbeitete man mit einer wahren Brutalität für den Sieg der Konservativen. Da gab es Hausdurchgehungen nach verbotenen Schriften, Einkerkerung von Parteigenossen, verführerische Anfragen wegen — n i c h t s, die uns aber alle viel Geld kosteten, Einschüchterung der Wirthe seitens der Polizei u. s. w. Dem Zahrberein der Schreiner, sowie dem der Schneider, ebenso dem der Metallarbeiter wurden durch polizeiliche Beeinflussung die Lokale gekündigt. Ein Wirth, der dem wohlgemeinten Rath des Spitzelchefs B ä h r m a n n nicht nachkam, be- kam Feierabendstunde um 9 Uhr! Wochen lang mußte dieser Wirth Abends um 9 Uhr sein Lokal schließen; erst nachdem der Zahrberein der Schreiner längst hinausgeworfen, nachdem der Wirth dem Willen unse- res Pächters voll und gan; Rechnung getragen, hob man die Feierabendstunde wieder auf. Der Wirth aber mußte versprechen, nie mehr Leute dieser

Krit in seinem Lokale zu bilden. Der Herr Landrat bildete sich ein, durch solche Maßregeln die sozialistischen Rattenmester zu zerstören zu können, wir müssen ihm aber bemerken, daß er damit einen Hieb in die Luft gethan, denn er dürfte doch nachgerade gemerkt haben, daß ganz Hanau nur ein einzig sozialistisches Rattenmest ist.

Kommen wir jedoch zur Hauptsache. Unserem Kandidaten, Karl Frohme, standen gegenüber: der nationalervile Fabrikant Zimmermann, der freikämmerliche Fabrikant Nickel, der konservative Bürgermeister Hellwig zu Sabamar und der Zentrumsmann Dr. Windthorst. Bei der Hauptwahl am 28. Oktober erhielten K. Frohme 5503, Hellwig 4357, Nickel 3076, Zimmermann 2852, Dr. Windthorst 240 Stimmen.

Frohme kam also mit dem konservativen Kandidaten Hellwig in eine engere Wahl, welche schon am 6. November stattgefunden und folgendes Resultat ergab: Hellwig 9720, Frohme 8245 St., mithin ein Unterschied von 1475 Stimmen. Als dieses Resultat bekannt wurde, ging es wie ein Schrei der Entrüstung durch die Bevölkerung Hanau's. „Wie ist das möglich?“ Ein Mann wie Hellwig, mithin ein Riemann kennt, dessen Name wir zum ersten Mal gehört, ein Mann, der, um mit der „Dan-Leitung“ zu reden, sich nicht einmal als einfacher Dorfschule qualifizierte, ein 70jähriger Greis mit verrotteten alten Anschauungen, ein Mann, dem aus Altersschwäche seine frühere demokratische Gesinnung abhanden gekommen war, und der jetzt in kindlich-naiver Bewunderung für den Reichskanzler schwelgt, ein solcher Mann als Vertreter der freigesinnten Hanauer! — das ist harter Tabak.

Ja wohl, ihr lieben Fortschrittler, das ist harter Tabak. Wer aber ist schuld daran? Niemand anders als ihr Helden vom Fortschritt und Freisinn. Wäre euer Verhalten nicht unter aller Kritik feige gewesen, so wäre kein Hellwig Vertreter von Hanau; aber mit stummer Resignation und angsterfülltem Angesicht bei einem solchen Wahlkampf die Hände ruhig in die Tasche zu stecken, wie ihr es gethan, hieß für die Reaktionsäre arbeiten, da war es kein Wunder, daß bei den gegebenen Umständen Frohme unterliegen mußte. Ja, es ist sogar im höchsten Grade anzuerkennen, daß bei diesem ungleichen Kampfe sozialistischerseits eine Stimmenzahl von 8245 erzielt wurde.

Parteiengenossen, wir haben unsere Schuldigkeit gethan, der Kampf aber war zu ungleich, den Gegnern standen alle Kampfmittel zur Verfügung, und nichts als unser gutes Recht und die Wahrheit. Diese aber konnten wir nicht verkünden, weil in dramatischer Weise das freie Wort unterdrückt wurde. Zudem hatten die Gegner noch den Vortheil, daß der ganze Staatsapparat für sie in Thätigkeit war: der Herr Landrat Freiherr von Broich, in Verbindung mit 115 wohlbesetzten Bauern-Bürgermeistern, verrichtete „Wunder“ für die gute konservative Sache.

Wir könnten ein ganzes Buch schreiben über das System von Verheimlichung, Anmaßung, Einschüchterung und Antismisbrauch, das in Anwendung gebracht wurde. Auch die Kornzölle der Konservativen, die man dem Bruder Bauer gleich einem warmen Brei um das Maul schmierte, verfehlten ihre Wirkung nicht, und manches Bäuerlein, das der Schuß ein wenig zu hart drückte, hat konservativ gestimmt, weil ihm von erhöhten Getreidezöllen eine Besserung versprochen wurde. Man wäre hier in der That versucht auszurufen: „Selig sind die, die da geistig arm sind, denn das Himmelreich ist ihrer.“ Leider aber ist die Sache zu ernst, als daß man darüber spassen könnte. Es ist ein unverantwortliches Verbrechen, dem armen Volke mit Getreidezöllen Hilfe zu versprechen. Erhöhter Getreidezoll heißt erhöhter Hunger, und bei höherem permanenten Hunger ist die Gefahr der Epidemien. Jedenfalls muß diese erst kommen, um die arme, verstimelte Masse auszurufen. An und soll es nicht fehlen, resp. an unsern Vertretern, dieses Mandat im Reichstage zu kennzeichnen, wenn die Herren Konservativen mit ihrem erhöhten Getreidezoll kommen werden. Den Kleinbauern aber rufen wir zu: Wendet euch ab von diesen Wölfen im Schafspelze! Diese konservativen Herren waren stets eure Unterdrücker, sie hielten euch früher in direkter Sklaverei, dann in Abhängigkeit, und jetzt, da dies unmöglich geworden, unnebeln sie euren Geist durch Fälscher und Lüge, um euch heimlich ebenso zu mißbrauchen, wie sie es früher offen gethan. Werdet Sozialdemokraten, schließt euch der Sache des Volkes an, nur dann wird euch wirklich Rettung werden!

Hiermit schließen wir unseren Bericht, in der Hoffnung, daß der Fortsetzungsprozeß der alten Parteien und daß in die Lage jetzt, Günstigeres melden zu können.

Grüß an Euch Alle von Nah und Fern.

B. Raingauer.

London, 2. Februar. In Nr. 3 des „Sozialdemokrat“ befindet sich ein ununterzeichneter Bericht über die Vorgänge in der sozialdemokratischen Föderation, der in Bezug auf kunstvolle Mischung von Wahren und Falschem ganz Unglaublich ist. Um das Knäuel zu entwirren, und den Genossen auf dem Kontinent den wirklichen Sachverhalt genau zu schildern, müßte Unterzeichneter mindestens den doppelten Raum in Anspruch nehmen, wie der erwähnte Bericht selbst. Da das nun natürlich nicht angeht, so will ich mich damit begnügen, einige der wesentlichsten Punkte herauszugreifen.

Wichtig ist, daß die Föderation, die im Jahr 1881 gegründet wurde, nicht von Anfang an ausgesprochen sozialistisch gewesen ist, aber es ist eine blanke Unwahrheit, zu sagen, daß sie niemals das gewesen, was man in England unter totaldemokratisch versteht, d. h. die von dem Lord Randolph Churchill inaugurierte Politik. Nicht die Umstände zwangen die Föderation, eine mehr ausgesprochen sozialistische Stellung einzunehmen, — Hyndman ebenso wie Burnham, MacDonald und Andere waren auf verschiedenen Wegen zum Sozialismus gelangt, ehe das im Juni 1883 erlassene Manifest die Föderation zur öffentlichen sozialistischen Propaganda verpflichtete. Bis dahin hatte das kleine Häuflein nach besten Kräften durch Vorträge in den radikalsten Vereinen, durch Thätigkeit in der Presse etc. verhalten, und nicht erfolglos, neue Anhänger für die sozialistische Sache heranzuziehen. Daß der Einsender sich für seine Behauptung, daß Hyndman der Herr der Föderation gewesen sei, auf das Zeugnis eines Bourgeoisblattes beruft, ist charakteristisch. Da Unterzeichneter selber Delegirter auf der 1884er Konferenz war, kann er der Behauptung, daß „er, Hyndman, und daher auch seine Leute den Jahresvorsitz im Exekutivrat haben wollten“, aus eigener Wissenschaft ein ganz entschiedenes Dementi entgegenstellen. Die Frage, um die es sich damals drehte, war die rein geschäftliche, ob es besser sei, einen permanenten Vorsitzenden des Exekutivrates zu haben oder nicht, und nicht die, ob Hyndman, Morris oder wer sonst noch Vorsitzender sein sollte. Die Konferenz traf mit geringer Mehrheit die Anordnung, daß jede Versammlungabend ein Vorsitzender gewählt werden sollte, was dann auch im Laufe der nächsten fünf Monate zur schönsten Zeitvergeudung führte. Ueber die Schilderung des neugewählten Rathes, die der Einsender macht, geht ich hinweg; die Mitglieder des 1883/84 fungirenden Rathes haben keine Ursache, sich des während ihrer Amtthätigkeit Gesehene zu schämen; im Gegentheil. Der Einsender behauptet, daß es sich herausgestellt, daß Hyndman und der zweite Sekretär „wiederholt ohne Wissen des Rathes an Sektionen und Mitglieder der Föderation offizielle Briefe über die Angelegenheiten der Föderation geschrieben“. Das ist grundfalsch. Während der Debatten sind nur drei Privatbriefe Hyndman's an ein Mitglied in Glasgow, an Morris, und einer, der dritte, an Banner, dem Sekretär der Woolwicher Sektion, geschrieben im Sommer 1883, überhaupt als Beweise vorgelegt. Andere Briefe Hyndman's sind nicht vorgelegt worden, existiren auch nur in der Phantasie des Einsenders. Der Einsender behauptet, daß Hyndman die ihm nicht willfährigen Leute heimlich angegriffen, eine Behauptung, die den Stempel der Esinnung an sich trägt, denn wenn es heimlich geschähe, wie kann es der Einsender wissen! (Nun, das ist sehr einfach zu erklären. Neb.) Auch ein Produkt der Phantasie! Hyndman hat Andreas Scheu angegriffen, nicht heimlich, sondern in einem Briefe, der ausdrücklich für die Öffentlichkeit, d. h. die Partei bestimmt war und den Glasgower Genossen vorgelesen wurde. Die Umstände, welche zum Schreiben dieses Briefes führten, sind so interessant, daß ich mir erlaube, sie hier kurz zu berichten. Hyndman ging im Herbst nach Schweden zur Agitation, und wurde in Glasgow während seiner Anwesenheit die Sektion gegründet. Scheu, der im Sommer nach Edinburgh über-

geleitet war, hatte der dort bestehenden Organisation einen anderen Namen: „Scottish Land and Labour League“ beigelegt, und hatte, nachdem Hyndman nach London zurückgekehrt war, nichts Geringeres zu thun, als Jemanden nach Glasgow zu senden, um die Glasgower zu bewegen, sich Edinburgh anzuschließen, vorgebend, daß Hyndman sich in Edinburgh selbst ausgesprochen. Die Glasgower konnten sich das nicht mit der That sächlich in Gegenwart Hyndman's erfolgten Konstituierung der Glasgower Sektion als „Branch“ der S. D. F. zusammenreimen und schrieben an Hyndman um Aufklärung. Hyndman antwortete, daß er nie eine ähnliche Neuerung gemacht, warnte die Glasgower, sich Scheu's Führung anzuvertrauen, da selbiger einmal durch sein schroffes Benehmen in jeder Organisation, der er angehörte, Streit und Uneinigkeit hervorgerufen, zum zweitenmal aus nicht gerathen sei, dem allgemeinen Publikum gegenüber einen Ausländer als den verantwortlichen Leiter der Bewegung in einem der wichtigsten Theile des Landes in den Vordergrund zu bringen. Hyndman erwähnt dann noch die Mitarbeiter-Sache Scheu's an der West-„Freiheit“. Dieser Brief wurde in Glasgow verlesen und kam selbstverständlich zur Kenntniß Scheu's. Er oder die Edinburgher Sektion schrieb darauf an den Exekutivrat, die von dem Einsender erwähnten Anklagen gegen Hyndman vorkbringend. Scheu kam nach London zu einer Sitzung des Rathes und hielt eine sehr lange und sehr heftige Rede, die indessen mit den Partein ablosol nicht zu thun hatte. Die persönliche Ehrenhaftigkeit als Parteigenosse hat Hyndman Scheu nie abgesprochen, ebenso wenig seine Begabung und Opfermuth, aber er hat sich dagegen ausgesprochen, ihm die Leitung der Bewegung in Schottland zu überlassen, und befindet sich darin mit den meisten Parteigenossen im Einklang.

Der Behauptung, daß Hyndman oder andere Mitglieder des Exekutivrates die gegen Hyndman vorgebrachten Anklagen kaum berührt und nicht widerlegt hätten, muß Unterzeichneter ganz entschieden widersprechen. Unterzeichneter war in den beiden Sitzungen während der ganzen Zeit, daß über diesen Punkt verhandelt wurde, anwesend, und hat Hyndman jede einzelne gegen ihn vorgebrachte Beschuldigung widerlegt. Ad Punkt 1. Die Beschuldigung der „Mißthäter“ existirt in deren Einbildung; was Hyndman über Scheu und Clarke öffentlich gesagt und in für die Öffentlichkeit bestimmten Briefen geschrieben, dafür hat er Beweise vorgebracht. Punkt 2. Ausländerhoh, ist blauer Dunst. Unterzeichneter hat seit 1882 fast täglich unter den englischen Genossen verkehrt, und ist ihm nie eine Spur vorgekommen, daß Hyndman englische Arbeiter gegen Ausländer aufgereizt oder „ausgespielt“ hätte, ganz im Gegentheil. Punkt 3. Nationaldünkel ist ebenso unbegründet. Hyndman's Schriften liefern einen kompletten Gegenbeweis. Punkt 4 und 5. Benutzung der „Justice“ und der Gesamtorganisation zu persönlichen Zwecken. Hyndman hat sowohl in der mündlichen als schriftlichen Agitation sich als rastloser und unablässiger Kämpfer gezeigt, dadurch ist sein Name natürlich mehr in den Vordergrund getreten, als der anderer Personen, die sich eben nicht so energisch für die Propaganda hingaben. Wenn das seinen persönlichen Zwecken dienen heißt, so wäre es nur zu wünschen, daß wir mehr solcher selbstthätiger Menschen in der Partei hätten. „Justice“ ist nicht mit dem Gelde der Föderation gegründet worden, sondern von drei Personen, die Hyndman für ein Jahr als Redakteur eingestellt haben. Taylor, der von und aus diesen drei Besitzern des Blattes speziell zum Uebernehmen des Blattes beauftragt worden war, ist ganz und gar gegen das von Keeling und Bog lancirte Projekt, drei Redakteure: Morris, Keeling und Bog, einzusetzen, gewesen, wie überhaupt jeder außerhalb des engen Kreises der Keeling-Morris'schen Gruppe. Punkt 6. Für die Unterdrückung von Korrespondenzen ist auch nicht der Schatten eines Beweises beigebracht worden. „Geschäftliche“ Briefe — soll das Briefe im Namen des Exekutivrates heißen, oder nur Briefe, die die sozialdemokratische Bewegung betreffen? von dieser Definition hängt die Verantwortung ab.

Ich habe ausführlich über diese Angelegenheit geschrieben, weil mir daran liegt, daß die Genossen auf dem Kontinente sich über die Vorgänge hier in London kein falsches Bild machen. Hyndman befindet sich thatsächlich in Uebereinstimmung mit der großen Masse der Mitglieder der Föderation, wie die Versammlung vom 22. Januar bewiesen hat. Diejenigen, die diese Spaltung angezettelt, haben damit getraut das erreicht, was sie nachhaken zu wollen vorgaben. Eine ganze Anzahl Genossen, die blöder der Person ganz und gar unbefangenen, wenn nicht kühl gegenüberstanden, sind in Folge dieser ganz absurden und aus der Luft gegriffenen Beschuldigungen auf seine Seite getreten. Wenn man nach vierjähriger Thätigkeit einem Manne nichts weiter vorwerfen kann, als was am 23. und 27. Dezember von Keeling, Rahon, Morris, Banner etc. ausgesprochen wurde, dann hat man einigen Grund, dem Manne ganzes Vertrauen zu schenken. Prinzipielle Differenzen sind während der ganzen Krise nie zur Sprache gekommen, und der Versuch, jetzt etwas Derartiges herauszufischen, zeigt klar, daß die Ankläger der Hege gegen Hyndman sich bewußt werden, daß sie mit bloßen persönlichen Stänkerereien keinen besonders günstigen „start“ haben.

C. Varenholz.

An alle sozialistischen Schriftsteller.

Vom 1. Januar 1885 ab wird in New York

„Der Socialist“

Central-Partei-Organ der Sozialistischen Arbeiter-Partei von Nord-Amerika

wöchentlich einmal erscheinen. „Der Socialist“ soll unter Anderem auch der wissenschaftlichen Weiterbildung des Sozialismus dienen und ein Sammelpunkt werden, von dem aus die Vertreter unserer Prinzipien rücksichtslos ihre Stimmen für die Befreiung des Proletariats erschallen lassen können.

Wir ersuchen alle schriftstellerischen Kräfte unserer Richtung dringend, sich an wissenschaftlichen durch geeignete sozialökonomische und sonst radikalwissenschaftliche Artikel zu betheiligen, und bemerken, daß ein entsprechendes Honorar für die Mitarbeiter ausgesetzt ist.

Prospekte durch die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Das National-Exekutiv-Comité der S. A. P.

W. L. Rosenberg,

194 E. 7th Str. New York, City.

Partei-Archiv.

Für das Partei-Archiv gingen ein:

- Von der Redaktion des „Volkfreund“ in Brunn: Sämmtliche bisher erschienenen Jahrgänge des „Volkfreund“.
- 1 Oesterreichischer Arbeiterkalender 1881, 82 und 85.
- 1 Protokoll des nächtlich-schließlichen Arbeitertages 1882.
- 1 Was die Sozialdemokraten wollen.
- Aus Genf: 1 G. Plechanoff, Nos Controverses (russisch).
- 1 Pierre Kiffoff, Le Conseil privé.
- „ dem 13. schließlichen Wahlkreise: Wahlflugblätter, Plakate und sonstige Wahlmaterialien.
- Von A. H. v. Jhmis, Hottingen: 1 Sozialdemokr. Hofspläne.
- „ Rueny, Kiffetten: 1 Histoire des prolétaires.
- „ Arnold, Konstanz: 1 J. Jacoby vor dem Kriminalsenat des Kammergerichtes. 1885.

Um weitere Einsendungen ersucht

Die Archivverwaltung.

Quittung.

Der Betrag für die streikenden Arbeiter von Schiemindt und Schmid in Elberfeld: 21/1 Dagen d. C. H. Nr. 10 — ist nach Darmen für die streikenden Arbeiter von Pätmann und Comp. überwiesen.

Briefkasten

der Redaktion: Raumangels halber mühten wir Einsendungen aus folgenden Orten für die nächsten Nummern zurücklegen: Gr. Strelitz, Plauen i. B., Coblenz a. Rh., München, Heibelsberg, Halle a. S., Brüssel, London.

der Expedition: Torino: Richtig gestellt sind 50 Cts. pr. 2. in Ihr Gut haben. — Vichtensteiner: Dmsl. 10 — f. Schfm. u. Ab. erh. — Mai: Fr. 16 25 Berlegetes pr. Ufsd. dfo. abgeführt. Noch nichts eingeg. — h: Nr. 200 — a. Cto. Ab. 10. erh. Bf. erwartet. — A. Doffm. Ravenshorpe: Nr. 2 — Ab. 1. Du. erh. — Schneidergesellschaft Xlingen: Nr. 1 50 Ctsd. ihrer verlaufenen Lumpen pr. Ufsd. dfo. erh. — Schottl. Randerster: Fr. 10 — Ab. pr. 1885 und Fr. 15 — Ab. Rpsch. ab Ende 1. Du. 84 — Ende 3. Du. 85 erh. Ab. nach Wunsch geordn. — Kothel Paulus: Fr. 9 55 pr. Schft. v. B. erh. Bf. Weiteres. — Freiburg i. B.: Nr. 2 70 pr. Ufsd. dfo. erh. — August C: Nr. 20 — pr. Schft. erh. Kof. längst geordnet. Bf. Weiteres. — G. J. Fr. — 60 f. Nr. 8 bis 13 erh. — Schib. J. Fr. 4 — Ab. 1. u. 2. Du. erh. — Zürich: Fr. 5 — a. d. Weiskerhalle pr. Ufsd. dfo. erh. — A. Höhne New-York: (35 Doll.) Fr. 177 20 a. Cto. Ab. 10. erh. — A. Schudr. Glasgow: Fr. 45 30 a. Cto. Ab. 1. Du. u. Schft. erh. Sdg. u. Ausflüg. a. 23. 2 fort. — „Reinheitsmittel“: Nr. 7 20 Ab. bis Ende Juni erh. — Weiteres nach Vorshr. Angebetetes erbeten. — Buenos Aires: Fr. 227 — gesamt beim Bekanntwerden des Wahlergebnisses am Stiftungsfest wird Vereins „Vorwärts“ pr. Kgds. dfo. erh. Bfllg. folgt. Weiteres wird besorgt. — C. D. Jogh: Nr. 1 85 f. Schft. erh. — C. J. Fr. K.: Nr. 3 — Ab. 1. Du. erh. — Kothel Teufel: Nr. 3 — Ab. 1. Du. R. (7) erh. Ab. 10. geordn. Akerds. erh. Fr. Bf. mit Auszug. — Kothel Peter: Nr. 2 — pr. Ufsd. dfo. erh. — Redarpige: Nr. 14 30 f. Schft. erh. u. 70 Pfg. pr. Kgds. dfo. verwendet. — Godelbastian: Nr. 19 60 Ab. u. Schft. erh. 40 Pfg. pr. Kgds. dfo. überwiesen. Ab. geordnet. Weiteres erh. Bf. mehr. — Kilian: Nr. 91 90 a. Cto. u. Cto. erh. Bfllg. notirt. Genaueres erbeten. — X 3. V.: Nr. 60 — a. Cto. Ab. 10. erh. Bf. erwartet. — F. A. Sorge Hoboken: Fr. 35 — Ab. S. D. pr. 1885 u. Schft. erh. — Fr. 7 50 a. d. „Arb.“ pr. 85 abgel. also Fr. 7 50 Jhnen gutkommend. Sdg. fort. Grüße erwiedert. — G. R. in B.: Direkt an B. u. J. berichtet. Derartige Verkehrswege verbietet der Raumangel. — Nr. 238: Nr. 1 65 Ab. bis Ende März erh. Deshalb dort diese Separatisterei? — Semper Augustus: Nr. 6 — Ab. bis Ende Juni erh. „Unmöglich ist nicht möglich!“ — D. B. B.: Dmsl. 2 — a. Cto. Schft. erh. — b-dr. M.: Wieder 25 Cts. Strafporto losgemorden, da wir immer noch nicht „Reichskolonie“, also 10 Reichspfennige — selbst für nur 8 Gramm — unzureichend sind. Das kommt von der wüsten Stubens, da er sich kapirt des Fremdlens! — Berrina: Wird besorgt. Warum sonst kein Wort? — Joh. St. J. Fr. 2 — Ab. 1. Du. erh.

An unsere Korrespondenten.

Wir bitten in jedem Brief u. f. w. stets deutlich anzugeben, welche Briefe, Sendungen u. f. w. bis zu Abgang eingetroffen waren. Bei Adressänderungen, Abschließungen und dergleichen ist unbedingt Vorkehrung zu treffen, etwa Laufendes in sichere Hand zu leiten. Alle Adressänderungen bitten wir in Deutsch- und Lateinschrift (bezügliche Kontrolle) deutlich zu schreiben. De Adressaten oder deren Angehörige sind zur Ablieferung sofort nach Empfangnahme strengstens anzuhalten.

Expedition des Sozialdemokrat.

Den Bestellern der Winte und Rathschläge zur Agitation hiermit zur Nachricht, daß Neuauflage erst bemerkt werden kann wenn eine bestimmte größere Anzahl fest bestellt ist. Wir bitten deshalb zur Beschleunigung um allezeit umgehende Bestellung.

Die Expedition des „Sozialdemokrat.“

Gejud.

Ein deutscher Parteigenosse, Inhaber eines leistungsfähigen Tischlergeschäftes, in Folge seiner agitatorischen Thätigkeit momentan geschäftlich bebrängt, sucht auf ratenweise Rückzahlung ein Darlehen von 400—500 Mk. gegen übliche Zinsen Sicherheit auf Wunsch durch Verschreibung von Mobilien und Werkzeug. Näheres durch Die Expedition des „Sozialdemokrat.“

Zu kaufen gesucht:

Fr. Engels: Lage der arbeitenden Klassen in England. R. Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1859. Revue der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Komplet oder Einzelhefte. „Nordstern“. Komplet oder Einzelnummern. „Der Agitator“, herausgegeben von J. B. v. Schweitzer. Offerten werden erbeten von der

Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Durch uns sind zu beziehen: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. Von Karl Marx. Hamburg 1869. Preis: M. 1 60 (Fr. 2 —). Porto extra.

Die preussische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei. Von Friedrich Engels. Hamburg 1885. Preis: 80 Pf. (Fr. 1 —). Porto extra.

Da der Vorrath der beiden obigen, sehr seltenen Schriften nur ein geringer ist, so können wir nur bei sofortiger Bestellung für sichere Lieferung bürgen.

Volksbuchhandlung und Expedition des „Soz.“ Hottingen-Zürich.

Cercle les XV (Section Liège).

Wir laden alle unsere Parteigenossen von Liège und Umgebung freundlich zu einer

Abendunterhaltung

ein, welche am 8. März im Genossenschafts-Lokale stattfinden wird.

Bei dieser Gelegenheit wird eine unter den Mitgliedern veranstaltete Verloosung stattfinden. Ein tüchtiger, wohlbekannter Redner wird dieser Abendunterhaltung ein besonderes Interesse verleihen.

Das Komite.

PS. Diejenigen Mitglieder, welche noch Nummern besitzen, sind gebeten, dieselben soviel wie möglich zu verbreiten, und die ihnen vielleicht noch fehlenden Nummern nebst dem Erlös für die verlaufenen spätestens bis Freitag, 6. März, Abends an den Kassier gelangen zu lassen. Die Adresse lautet Mr. Roman, rue Grotry 148 Liège. Das Vereinslokal befindet sich: „Au quatre nations“, rue Chapelle des clores. (3 60)

Sozialistische Arbeiterpartei Amerika.

Section New-York.

Sitzung des Centralkomites jeden Freitag Abends 8 Uhr in Lincoln Hall, 5th Ave. und Houston Street. Jeden Sonntag finden Versammlungen statt. Näheres siehe „New-Yorker Volkszeitung“, besonders Freitags und Samstags.